Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Gemeindeamts Merbitz.

Postscheckkonto: Dresden 1580 Girokasse Riesa Nr. 32.

№ 195. Montag, 28. August 1926, abends. 79. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 4/5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis gegen Vorausbezahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geht. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 69. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hülsemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die Wahrheit über Eupen-Malmedy.

Die Reichsregierung weist Verdächtigungen des Auslandes zurück.

)(Berlin, 21. August. Zu den Meldungen der ausländischen Presse, insbesondere den Meldungen gewisser französischer Blätter, über die Frage Eupen-Malmedy wird dem Wolffschen Telegraphen-Bureau von zuständiger Seite folgendes mitgeteilt:

„Die Tendenz aller dieser Meldungen liegt auf der Hand. **Die Oeffentlichkeit wird alarmiert, um die Absichten der deutschen Politik zu diskreditieren.** Durch Vermischung wahrer und falscher Nachrichten soll der Eindruck erweckt werden, daß Deutschland die belgischen Finanzschwierigkeiten erpresserisch zu mißbrauchen suche, daß die belgische Regierung sich dieser Erpressungsmanöver nur mit Mühe erwehren könne, daß es aber schließlich dem energischen Einschreiten dritter Mächte gelungen sei, die drohende Gefahr zu beseitigen. Darüber, was dritte Regierungen gegenüber der belgischen Regierung getan haben, kann natürlich nur diese selbst Auskunft geben. **Der deutschen Regierung ist nichts davon bekannt.** Für sie ist der wirkliche Tatbestand ein sehr einfacher, der sich mit wenigen Worten wiedergeben läßt.

Zwischen deutschen und belgischen Finanzmännern sind schon vor längerer Zeit **Besprechungen** in Gang gekommen, die sich auf eine deutsche Mitwirkung bei den internationalen Plänen zur Sicherung der **belgischen Währung** bezogen. Ohne daß es einer besonderen deutschen Initiative bedurft hätte, ist dabei auch der Gedanke erörtert worden, ob nicht die Möglichkeit bestände, ein deutsch-belgisches Zusammengehen auf finanziellem und wirtschaftlichem Gebiet dadurch zu fördern, daß gleichzeitig eine Verständigung über das künftige Schicksal der Kreise Eupen und Malmedy herbeigeführt würde. Es bedarf keiner Begründung, daß eine Bescheinigung dieser Frage auf dem Wege verständnisvollen gegenseitigen Entgegenkommens wesentlich zu einer Vertiefung der gesamten Beziehungen zwischen Deutschland und Belgien beitragen würde. Auch in belgischen Kreisen schien man sich dieser Erkenntnis keineswegs zu verschließen. Das zeigt auch die verständige Haltung maßgebender belgischer Blätter. Es muß betont werden, daß

die Besprechungen nicht den Charakter offizieller Verhandlungen von Regierung zu Regierung angenommen haben.

Selbstverständlich hat die Reichsregierung von den Unterhaltungen Kenntnis gehabt; ebenso selbstverständlich ist es, daß sie die Entwicklung der Dinge mit dem größten Interesse verfolgt hat. Dieser Haltung der Reichsregierung den Vorwurf einer Erpresserpolitik zu machen, wie es französische Zeitungen tun, kennzeichnet sich angesichts des geschilderten Sachverhalts ohne weiteres als widersinnig. Für Deutschland konnte und kann nichts anderes in Frage kommen, als eine Verständigung, die die Gewähr der Dauer dadurch erhält, daß sie in völlig gleicher Weise den Interessen beider Länder entspricht, nicht aber eine Verständigung, die für den einen Teil nur ein Notmittel sein würde, um gegenwärtige Schwierigkeiten zu überwinden.

Wenn, was die deutsche Regierung nicht weiß, die Idee einer solchen Verständigung ihre aktuelle Bedeutung jetzt dadurch verloren haben sollte, daß dritte Mächte sich ihrer Verwirklichung widersetzen, so wäre das ein gefährlicher Versuch, in die friedliche und den wahren Interessen zweier Nachbarländer entsprechende Entwicklung mit den Mitteln machtpolitischen Druckes einzugreifen. Es wäre ein Versuch, der einen um so bedauerlicheren politischen Rückschritt bedeuten würde, als er im Widerspruch stände mit dem Sinn der Verträge von Locarno, deren Hauptbedeutung darin liegt, die Grenzen im Westen für immer zu befriedeten und die Erörterung aller damit zusammenhängenden Fragen ein für allemal der Sphäre politischer Machtanwendung zu entziehen.

Keine Verhandlungen über Eupen-Malmedy.

vdz. Berlin. Die amtlichen belgischen Erklärungen, daß keine offiziellen Verhandlungen über die Rückgabe von Eupen und Malmedy an das Deutsche Reich stattgefunden haben, werden in der Wilhelmstraße bestätigt. Die aus französischer Quelle stammenden Nachrichten, daß diese Verhandlungen ergebnislos verlaufen seien, sind also auch falsch. Es handelt sich hier um Tendenzmeldungen, die jede Möglichkeit für eine Verständigung zwischen dem Deutschen Reich und Belgien, die sich etwa bieten könnte, von vornherein zerstören. Dieses Ziel scheinen die Franzosen auch erreicht zu haben, obwohl sich die belgische und englische Presse ebensowenig wie die deutsche zu einer Stellungnahme hat verlocken lassen.

Neuer Umsturz in Griechenland.

Pangalos gestürzt.

)(London. Reuter meldet aus Athen, daß dort eine Revolution ausgebrochen ist. Kondilis ist Herr der Lage. Admiral Konduriotis hat die Präsidentschaft übernommen und verfügt, daß Pangalos festgenommen werde, der sich in Spetsai aufhält. Die Garnisonen in der Provinz haben die neue Regierung anerkannt. Zu Blutvergießen ist es nicht gekommen.

)(Athen, 22. August. Die Agence d'Athènes verbreitet folgende amtliche Meldung: Volk und Armee haben einstimmig die Diktatur Pangalos gestürzt. Der Führer der Revolution, General Kondilis, hat den Admiral Konduriotis aufgefordert, die Präsidentschaft der Republik zu übernehmen. Konduriotis hat die Aufforderung angenommen und wird heute abend in Athen eintreffen. Hauptzweck der Revolution ist: Vollständige Wiederherstellung der Freiheiten des Volkes, Ansetzung von Parlamentswahlen, Gesundung der nationalen Währung. General Kondilis ist bekannt von herzlichen Gefühlen für die Serben, seine Waffenbrüder. War er doch der erste, der im Jahre 1916 für die Verteidigung der gottesdienstlichen Bündnisse kämpfte. Er ist ebenso bekannt von herzlichen Gefühlen gegen die großen Alliierten, mit denen zusammen er im Weltkriege kämpfte. Unmittelbar nach der Ankunft des Präsidenten der Republik Konduriotis wird die Frage der Bildung eines neuen Kabinetts gelöst werden. Morgen wird General Kondilis mit den Parteiführern zusammentreffen, um über ein Zusammenarbeiten zu beraten mit dem Ziel, das Land zum normalen parlamentarischen Leben zurückzuführen. Der frühere Diktator Pangalos wird von der Flotte verfolgt. Seine Verhaftung steht unmittelbar bevor. Die einzigen vorgenommenen Verhaftungen sind diejenigen des früheren Kriegsministers Tsirulis und des früheren Unterstaatssekretärs Matsis. Im ganzen Lande herrscht vollkommene Ruhe. Die öffentlichen Dienste arbeiten in normaler Weise. Das Volk veranstaltet Feiern aus Anlaß der Abwerfung der Tyrannei.

Pangalos gefangen genommen.

)(London. Reuter berichtet aus Athen: Dem Zerstörer „Leon" gelang es, den Zerstörer „Pergamos" zu überholen und Pangalos zu verhaften, der an Bord des „Leon" genommen wurde. Dieser ist in Keratsini eingetroffen.

Reichskanzler Marx über die außenpolitische Lage.

Breslau, 21. August. Auf der Generalversammlung des Augustinusvereins, die vor Beginn des Katholikentages stattfand, äußerte sich Reichskanzler Dr. Marx auch über einige außenpolitische Tagesfragen. Die deutsche Außenpolitik wird nach wie vor beherrscht von dem großen Friedenskomplex, der sich an Locarno, die Besatzung und den Völkerbund knüpft. Zunächst ein paar Worte über Locarno. Freunde einer deutsch-französischen Verständigung, welche eine der wesentlichsten Voraussetzungen für eine dauernde Befriedung Europas ist, haben seinerzeit hohe Erwartungen an Locarno geknüpft, vielleicht mitunter allzu hohe, wie auf der anderen Seite die Gegner der Paktpolitik in ihrer Ablehnung vielfach zu weit gingen. Inzwischen hat sich wohl gezeigt, daß weder allzu großer Optimismus, noch das Gegenteil hier am Platze war. Es ist schwer, sehr schwer sogar, unter Nationen, die jahrelang bis zur Erschöpfung gegeneinander gekämpft haben, deren blühendes Wirtschaftsleben durch den Krieg jetzt bis zur Vernichtung in Mitleidenschaft gezogen wurde, in relativ kurzer Zeit wieder normale Beziehungen herzustellen; insbesondere dann schwer, wenn ein Friedensvertrag vorhanden ist, der den Besiegten unendlich harte Bedingungen auferlegt, wie der Versailler Vertrag, und trotzdem können wir heute unbedenklich feststellen, daß Deutschland den Weg von Versailles über London nach Locarno nicht zu bereuen hat. Unverkennbar hat Locarno Deutschland und insbesondere dem besetzten Gebiete mancherlei Vorteile gebracht. Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund war vorgesehen für die verflossene Märztagung. Daß sie damals nicht geschehen konnte, ist, wie auch die Vertragspartner von Locarno offen ausgesprochen haben, nicht die Schuld Deutschlands gewesen. Es ist uns auch zugesagt, daß die in Locarno [illegible] Rückwirkungen eintreten sollten, als ob Deutschland bereits Mitglied des Völkerbundes sei, bezw. der Locarnopakt bereits Rechtskraft erlangt hätte. Nun werden manche von Ihnen vielleicht dem entgegenhalten, daß ein praktisches Resultat dieser Besprechungen bisher kaum zu bemerken gewesen sei und daß der soviel zitierte „Geist von Locarno" nachgerade sich nicht allzu sehr ausgewirkt habe. Ich gebe zu, daß wir alle, die wir Hoffnungen auf Locarno setzten, unsere Hoffnungen bis jetzt nicht in dem Maße in Erfüllung gehen sahen, wie wir es im Interesse unseres Landes und der Befriedung Europas gewünscht hätten. Wir vergessen aber nur allzu leicht bei der Beurteilung der Lage von heute den Vergleich mit der Lage von gestern und da fällt der Vergleich doch — trotz allerlei berechtigter Beschwerden — entschieden zugunsten der Lage von heute aus.

Was nun die Besatzungsfrage anbetrifft, so liegt das Mögliche zurzeit in der Richtung einer erheblichen Verminderung der Besatzung, einer Erleichterung der gesamten Situation im besetzten Gebiet durch weiteren Abbau der Ordonnanzen, durch Befreiung kleiner Ortschaften und Städte durch Besatzungstruppen, freilich unter Vermehrung einer stärkeren Belastung der größeren Garnisonen. Ich gebe zu, die Tatsache, daß nach Räumung der Kölner Zone die Truppenzahl in der zweiten und dritten Zone sich zunächst noch um etwa 1000 Mann vermehrt hat, verglichen mit der Zahl, die in den beiden Zonen vor der Räumung der Kölner Zone vorhanden waren, ist eine schmerzliche Enttäuschung für uns gewesen. Frankreich hat nicht in dem Maße seinen Truppenbestand vermindert, wie englische und belgische Truppen nach Köln kamen. Nach der Note der Botschafterkonferenz vom 14. November 1925 durften wir auf eine „fühlbare" Verminderung der Truppenstärken rechnen, und zwar auf eine Verminderung, welche sich der „Normalziffer" nähern sollte. Sie wissen, daß wir den Ausdruck „diffres normaux" dahin interpretiert haben, daß darunter die Stärke der deutschen Friedensgarnisonen in den fraglichen Gebieten zu verstehen sei, das sind etwa 50 000 Mann. Wir werden selbstverständlich nach wie vor an unserer Interpretation halten, aber die Hauptsache ist eben, daß tatsächlich eine fühlbare Verminderung eintritt, und diese fühlbare Verminderung zu erreichen, werden wir uns in Zukunft nicht weniger bemühen, als wir bisher darum bemüht waren. Die Presse glaubt vielfach, daß die Regierung, daß das Auswärtige Amt und daß die deutschen Botschaften untätig seien, wenn sie nicht stets von ihrer Tätigkeit hört. Ich kann Ihnen die Versicherung geben, daß fortgesetzt sowohl in London als auch in Brüssel und namentlich auch in Paris die Frage der Besatzungsverminderung von uns vorgebracht wurde. Ich hoffe bestimmt, daß es trotz mancherlei Widerständen gelingen wird, den berechtigten deutschen Wünschen Geltung zu verschaffen. Sie wissen, daß in der Zeit zwischen dem 15. März und dem 15. Juni bereits 4000 Mann alliierte Truppen aus dem besetzten Gebiet zurückgezogen worden sind. Eine größere Anzahl wird in den kommenden Wochen das besetzte Gebiet verlassen. Selbstverständlich genügt uns eine Zahl von 10 000 Mann, die in der Presse genannt wurde, nicht.

Eins allerdings ist notwendig: Daß wir streng darauf bedacht sind, unliebsame Zwischenfälle im besetzten Gebiet zu vermeiden. Es geht einfach nicht an, daß lokale Reibereien zwischen den Besatzungstruppen und der Bevölkerung immer wieder auf die öffentliche Meinung der beteiligten Länder in einem Maße einwirken, daß die politische Atmosphäre außerordentlich verschlechtert. Auch an das unbesetzte Deutschland scheint bisweilen die Mahnung berechtigt, daß vielleicht gutgemeinte patriotische Kundgebungen außenpolitisch nicht immer günstige Wirkungen zeigen. Wir verlangen von der Gegenseite eine Politik im Geiste von Locarno. Wir verlangen von der Gegenseite auch eine Einwirkung auf die öffentliche Meinung im Geiste von Locarno. Gerade deshalb müssen wir uns peinlich hüten, den falschen Verdacht aufkommen zu lassen, als versuchten wir einen Geist zu pflegen, der mit dem Geiste von Locarno nicht in Einklang zu bringen ist. — Nun noch einige Worte über Deutschland und den Völkerbund: Eines möchte ich dabei vorausschicken: Wenn wir diesmal nach Genf gehen, so müssen wir die Gewißheit haben, daß Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund auch wirklich ohne Reibung von statten geht. Sollten sich im übrigen wider Erwarten in Genf Schwierigkeiten ergeben, ähnlich denjenigen bei der Tagung im März, so wäre damit eine Situation geschaffen, die für viele an den dortigen Verhandlungen Beteiligte ebenso unerträglich wäre wie für den Völkerbund selbst. Ich will heute nicht mehr des näheren auf die Gründe eingehen, die zu dem ergebnislosen Verlauf der Märztagung führten. Es lag wohl nicht zuletzt daran, daß man entgegen dem Wunsche Deutschlands über die schwierigsten Probleme zwischen den einzelnen Mächten verhandelte, anstatt ein Gremium des Völkerbundes selbst damit zu befassen.

Man hat sich dazu entschlossen, eine Studienkommission mit der Prüfung der Frage der Erweiterung des Völkerbundsrates zu betrauen, die im Mai d. J. zusammengetreten ist und die Ergebnisse ihrer Studien in einem Bericht an den Völkerbundsrat niedergelegt hat. Die Kommission nahm den Grundsatz der Vermehrung der nichtständigen Mitglieder des Rates an, um es auf diese Weise zu ermöglichen, dem Bunde die wertvolle Mitarbeit bewährter Ratsmitglieder zu erhalten. Die Kommission hat dann beschlossen, nochmals zusammenzutreten. Nun ist die Einberufung der Studienkommission für den 30. August erfolgt. Die Haltung Deutschlands kennzeichnet sich nach wie vor durch die Bereitwilligkeit zur Mitarbeit in der Kommission und die Betonung des Interesses des Völkerbundes als Ganzes, in allen seinen Gliedern, unter Ablehnung der ungerechtfertigten Begünstigung einzelner auf Kosten der anderen.

Wir erstreben insbesondere die Erhaltung der Aktionsfähigkeit des Rates an und lehnen jede Veränderung ab, die als „Sicherung" gegenüber einer künftigen deutschen Mitgliedschaft begründet wird. Wir wehren uns nur gegen eins, daß sozusagen ein Gegengewicht gegen Deutschland im Völkerbundsrat geschaffen werden soll, weil das dem Geist des Völkerbundes widerspricht. Gleichzeitig wollen wir aber vermeiden, daß in der Diskussion über die mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zusammenhängenden Fragen das freundschaftliche Verhältnis Deutschlands zu anderen Ländern getrübt wird. Wir treten daher nicht als Gegner irgendwelcher einzelner Kandidaten auf, sondern verlangen nur, daß die Interessen aller Völkerbundsmitglieder bei der Gesamtregelung maßgebend sind.

•

Reichskanzler Dr. Marx zum Reichsschulgesetz.

)(Breslau. Reichskanzler Dr. Marx wies in einer Versammlung der katholischen Schulorganisation auf die Notwendigkeit hin, daß in der Verfassung geforderte Reichsschulgesetz zu schaffen, um eine Grundlage für Ordnung und Frieden im Schulwesen zu erhalten. Das Ziel und die Grundforderung sei die ganz eindeutige und klare Anerkennung der Gewissensfreiheit und des Völkerrechtes. Auf dieser Grundlage müsse eine Verständigung und friedliche Lösung der Schulfrage erreicht werden, dann erhalte von selbst die Bekenntnisschule freie Bahn.